

Meldungen

zusammengestellt von Michael Mertsch

Bombenserie in Colombo

In kurzer Folge explodierten im Stadtzentrum Colombos am Abend des 9. März drei Sprengsätze, die einen Menschen töteten und elf Personen verwundeten. Die erste der Detonationen ereignete sich in einem leeren Eisenbahnwaggon, der im Depot von Maradana abgestellt war. Die Sprengladung richtete lediglich Sachschaden an. Wesentlich gravierender war dann zwei Stunden später die Explosion einer Bombe in einem Linienbus, der bereits mit 22 Personen besetzt auf die Abfahrt im zentralen Busbahnhof der Stadt wartete. Hier waren auch die zahlreichen Verletzten zu beklagen. Einer der vier Schwerverletzten erlag später seinen Verletzungen. Der Sprengstoff war offensichtlich von unbekannt Personen in einer Tasche versteckt unter den Sitzbänken des Fahrzeugs deponiert worden. Nur wenige Minuten nach der Explosion im Bus erschütterte eine weitere Detonation den Busbahnhof und zerstörte einen Elektrizitätstransformator. Die drei Attentate erfolgten, nachdem bereits eine Woche zuvor ein Sprengstoffanschlag auf einen fahrenden Vorortzug verübt worden war, bei dem überraschenderweise niemand zu Schaden kam. Über die Urheberchaft für die neuen Anschläge gibt es wenig Anhaltspunkte.

Gefahr für abgewiesene Asylbewerber

Obwohl von westlichen Diplomaten immer wieder abgestritten, kommt es weiterhin zu gravierenden Konsequenzen für rückkehrende Flüchtlinge aus Europa. Im jüngsten bekanntgewordenen Fall geht es um den aus den Niederlanden abgeschobenen Tamilen Veeriah Pathmanathan, der bei seiner Ankunft aus Europa am 16.2.99 morgens auf dem internationalen Flughafen von Colombo verhaftet wurde. Nach einem Verhör durch die Einwanderungsbehörde wurde er direkt im Flughafen an das 'Criminal Investigation Department' (CID) übergeben. Das CID verhörte Pathmanathan ebenfalls und behielt den rückkehrenden Tamilen in Haft. Der Magistrate Court von Wattala verhängte bei einem Vorführungstermin eine Kaution von umgerechnet 1.250,- DM. Der Betroffene muß sich am 23. März vor dem 'Magistrate Court' in Negombo ver-

antworten. Konkrete Anklagepunkte wurden Pathmanathan bisher nicht mitgeteilt. Seine Versuche, die holländische Botschaft um Unterstützung zu bitten, blieben bisher erfolglos (siehe auch Kästen S. 11).

Friedensmarsch in Colombo

Mehr als eintausend Menschen fanden sich am 26. Februar zu einem Friedensmarsch in der Hauptstadt Colombo zusammen. Die Teilnehmer, unter ihnen zahlreiche buddhistische Mönche, katholische Priester, ehemalige Soldaten, die durch Kriegsverletzungen dauerhaft behindert bleiben, aber auch Angehörige von vermißten Armeesoldaten, forderten lautstark ein Ende des Bürgerkriegs im Lande. Am Protestmarsch, der von der 'National Alliance for Peace' organisiert worden war, nahmen auch viele Kinder mit Plakaten teil.

Der Protestmarsch folgte nur wenige Tage nach der Rückkehr einer Gruppe religiöser Führer des Landes aus umkämpften Landesteilen im Norden. Die Gruppe traf im Wannigebiet mit Anführern der LTTE zusammen, die bei dieser Gelegenheit erneut Friedensgespräche anboten. Die Regierung hat einer Aufnahme von direkten Verhandlungen nur bei Vorbereitung durch einen unabhängigen Vermittler zugestimmt. Während möglicher Gespräche selbst, will sie jedoch keine externe Vermittlung zulassen.

Journalist mißhandelt

Am frühen Morgen des 13. März wurde der Journalist Srilal Priyantha, zur Zeit Korrespondent der der sinhalaischen Zeitung 'Lakbima' für Verteidigungsangelegenheiten, von unbekannt bewaffneten Männern aus seinem Haus in Nugegoda entführt. Die Entführer zwangen ihr Opfer in einen Kleinbus und mißhandelten ihn brutal. Das Opfer wurde schließlich an der Anderson Road in Kalubowila unbedeckt aus dem Wagen geworfen, angeblich geschah die Freilassung, weil sich ein Polizeiwagen näherte. Priyantha befindet sich zur Zeit noch im Krankenhaus.

In einer Stellungnahme forderte das 'Free Media Movement' (FMM) aufgrund dieses neuen Übergriffs auf Pressemitarbeiter die Regierung auf, diesen und ähnliche andere Vorfälle schonungslos aufzuklären. In der Vergangenheit seien zahlreiche Angriffe auf Journalisten nur

oberflächlich untersucht worden. Das FMM sieht den Überfall auf Priyantha als Teil des wachsenden Mißbrauchs der Medien und Journalisten durch führende Politiker der regierenden 'Peoples Alliance' während der letzten Wochen. In der Stellungnahme heißt es wörtlich: "Führende Minister haben unter Anleitung von Präsidentin Chandrika Kumaratunga eine Kampagne des Mißbrauchs von unabhängigen Medienorganisationen gestartet und einzelne unabhängige Journalisten zur Zielscheibe gemacht, nachdem die Medien den weitreichenden Wahlbetrug während der Provinzwahl vom 25. Januar bekannt gemacht haben."

Neuer Wahltermin

Anfang März hat der 'Supreme Court' in einer Entscheidung dem Kommissar für Wahlen grünes Licht für eine Terminverschiebung des durch die Regierung auf den 1. April festgesetzten Termins für Wahlen in fünf Provinzen (West, Sabaragamuwa, Zentral, Nord-Zentral, Uva) gegeben. Der Wahlkommissar, de Silva, legte daraufhin als neuen Wahltermin den 6. April 1999 fest und reagierte somit auf den Protest zahlreicher religiöser Gruppen, die beim alten Wahltermin eine Störung religiöser Festtage erwartet hatten.

Beobachter der Wahl vom 25. Januar, die von unzähligen Gewalttaten gekennzeichnet war, haben jedoch weiterhin Bedenken gegenüber einem so relativ kurzfristigen Wahltermin.

Erste neue Gewalttaten haben den Wahlkampf erschüttert: Ein Anhänger der regierenden 'People's Alliance' wurde getötet sowie 36 Personen verletzt, nachdem am 10. März auf einer Wahlveranstaltung in der Zentralprovinz eine Granate explodierte.

Banken geschlossen?

Die Zentralbank von Sri Lanka will alle Banken im Lande auffordern, am 31. Dezember ihre Filialen geschlossen zu halten. Grund hierfür sind Befürchtungen über mögliche Computerfehler beim Wechsel ins Jahr 2000. Die Banken sollen neben der Schließung auch alle Kontostände ihrer Kunden schriftlich zum Jahresende ausdrucken, damit bei Bedarf Datenkopien vorliegen. Die Weltbank hat bereits im Januar der srilankischen Regierung einen Kredit in Höhe von umgerechnet 29 Mio. US-Dollar



Die Art und Weise wie die Wahlen in der Nordwest-Provinz durchgeführt wurden hat in der srilankischen Presse zu heftigen Reaktionen und Kritik, vor allen Dingen in Richtung der Regierungskoalition, gesorgt. Hier eine der veröffentlichten Karikaturen, die im 'The Sunday Leader' am 14. Februar 1999 erschien.

eingeräumt, damit der Finanzsektor des Landes möglichen Computerstörungen des Jahr 2000 vorbeugen kann.

Weiterhin Übergriffe auf Zivilisten

In den vergangenen Wochen wurden Meldungen über Menschenrechtsverletzungen der 'Special Task Force', einer speziellen Polizeieinheit, gegenüber der tamilischen Bevölkerung laut. In zahlreichen Gebieten entlang der Ostküste (etwa in Kaluwanchikudy, Mandur und Kurumanveli) werden jugendliche Tamilen gezwungen, in STF-Lager zu kommen, um dort Arbeitsaufgaben zu verrichten. Hierzu gehören Aufräumarbeiten, das Fällen von Bäumen, Reinigung von Sanitäranlagen. Die Betroffenen müssen sich dort registrieren lassen und dann mindestens einmal wöchentlich wieder in die Lager zurückkommen, anderenfalls werden sie Strafmaßnahmen ausgesetzt.

Im Lager der STF in Mandur müssen sich alle männlichen Personen, die in den umliegenden Gebieten wohnen und

zwischen 12 und 50 Jahre alt sind, jeden Sonntag melden. Dazu zählen auch Schulkinder und Regierungsbedienstete. Fischer haben Freitags zu erscheinen. Die Polizeieinheit verfährt mit den Betroffenen quasi wie mit verurteilten Straftätern. Bisher gibt es keinerlei Schritte staatlicher Stellen, diesen offensichtlichen Machtmissbrauch durch Angehörige der STF zu unterbinden.

Todesstrafe wieder eingeführt

Offensichtlich als Antwort auf eine zunehmende Zahl von Gewaltverbrechen im Land, hat sich die srilankische Regierung zu einer Wiedereinführung der Todesstrafe ausgesprochen. Damit rief sie jedoch den entschiedenen Protest religiöser Gruppen und Menschenrechtsorganisationen hervor.

Erst am 13. März hatte das Büro von Präsidentin Chandrika Kumaratunga die baldige Einführung der Todesstrafe (üblicherweise durch Erhängen) für Verbrechen wie Mord und Drogenhandel angekündigt. Das allgemeine Strafrecht

Hindu Congress' verwarft sich gegen Hinrichtungen nach Todesurteilen. Desmond Fernando, der ehemalige Präsident der 'Bar Association', der bedeutendsten Vereinigung von Rechtsanwälten im Land, wirft der Regierung einen Rückwärtsschritt in der sozialen Entwicklung des Landes vor und fordert die Regierung vielmehr auf, die Todesstrafe völlig aus dem Strafrecht zu entfernen.

Angestoßen wurde der erneute präsidiale Vorschlag offensichtlich durch zwei schockierende Mordverbrechen im Februar. In Horana, südlich von Colombo, wurde eine sechsköpfige Familie, drei der Familienmitglieder waren Mädchen, brutal in ihrem Haus umgebracht. Die Mädchen waren zuvor noch vergewaltigt worden, aber Nachbarn hatten nichts zur Rettung der Familie unternommen. Sie fürchteten vielmehr Vergeltung durch die Täter. Das Verbrechen wurde erst viele Stunden später überhaupt der Polizei bekannt. Schon im Oktober letzten Jahres waren viele Menschen über die Ermordung einer in

in Sri Lanka enthält zwar die Todesstrafe, sie wurde aber seit dem 23. Juni 1977 nicht mehr vollstreckt, sondern in lebenslange Haftstrafen umgewandelt. Die Entscheidung der siebziger Jahre, keine Hinrichtungen mehr durchzuführen, hing unter anderem mit dem Buddhismus zusammen, der das Töten einer lebenden Kreatur verbietet.

Der jetzige Vorstoß ist nicht neu, bereits im August 1995 hatte Kumaratunga auf Drängen einer Kabinettsministerin den gleichen Schritt zum Vollzug von Todesurteilen angekündigt, er wurde jedoch nie umgesetzt.

Die Gegenstimmen, die sich jetzt breit machen, kommen aus verschiedenen Lagern. Auch der 'All Ceylon

Sri Lanka verheirateten indischen Frau außer sich. Der Mord, der sich an einem Strand ereignete und an dem vier Männer beteiligt waren, hatte viele Stimmen nach einer strikteren Gesetzgebung und härterer Bestrafung von Sexualtätern laut werden lassen. "Hängt die Vergewaltiger", schrieb ein Leser der Wochenzeitung 'Midweek Mirror' noch Ende November.

Im Jahr 1998 wurden der Polizei 56.000 Straftaten, darunter 900 Vergewaltigungen, bekannt. Die Dunkelziffer bei Sexualstraftaten liegt hoch.

Hohes Verbrechenspotential wird in Sri Lanka etwa den mehr als 15.000 Armeedeserteuren zugesprochen, die oft im Besitz gestohlener Waffen sind. Auch in den zahlreichen Amnestien, die anlässlich religiöser Feiertage in Sri Lanka stattfinden, sehen viele Beobachter ein Potential für weitere Straftaten.

Landminenabkommen noch nicht unterzeichnet

Die srilankische Regierung wird voraussichtlich dem allgemeinen Abkommen zur Ächtung von Anti-Personenminen auf absehbare Zeit nicht beitreten. Sri Lankas Außenminister Kadirgamar sagte laut einer Stellungnahme des Außenministeriums, daß das Land in der gegenwärtigen Auseinandersetzung mit den Tamil Tigers keine Möglichkeit habe, auf Minen zu verzichten, das sich die Lager der srilankischen Armee nur mit diesen Waffen gegen Angriffe der LTTE schützen ließen. Das Abkommen gegen Landminen war in Ottawa bereits 1997 verfaßt worden, trat aber erst zum 1. März 1999 in Kraft. Bisher wurde es von 133 Ländern unterzeichnet, 66 Staaten haben das Abkommen ratifiziert. Streitigkeiten

hatte es in jüngster Zeit zwischen UN und srilankischer Regierung um den Beginn eines Programms zur Räumung von Minen auf der nördlichen Halbinsel Jaffna gegeben. Das Projekt, das von der UNDP koordiniert wird, sollte für den Anbau von Nahrungsmitteln wertvolle Landflächen von Minen räumen, war jedoch bisher daran gescheitert, daß das Verteidigungsministerium nicht bereit war, Kartenmaterial über diese Region offenzulegen. Wider ursprünglichen Schätzungen zufolge, sollen jedoch in Jaffna nicht zehn bis zwölf Prozent, sondern nur ein bis zwei Prozent der Landfläche vermint sein. UN-Vertreter hoffen, daß sich das Projekt, bei dem 90 Prozent der Minen entfernt werden sollen, nach weiteren Gesprächen mit der Regierung verwirklichen läßt.

Rückkehrer nach Sri Lanka

Tamilinnen und Tamilen, die derzeit aus einigen europäischen Ländern abgeschoben werden (u.a. aus der Bundesrepublik) oder solche, die Sri Lanka verlassen wollen, laufen häufig Gefahr, am Flughafen verhaftet und in ein Gefängnis überstellt zu werden. Meist werden sie anfangs ohne konkrete Verdachtsmomente aufgrund der 'Emergency Regulations' nicht selten für mehrere Wochen festgehalten. Die Freilassung erfolgt üblicherweise nach Zahlung einer Kaution und der Festsetzung eines Gerichtstermins vor dem 'Magistrate Court' aufgrund der Anklage: "Gebrauch gefälschter Dokumente". Grundlage dafür ist der im letzten Jahr verschärfte 'Immigrants and Emigrants Act'. In der Vergangenheit wurde für das obige Vergehen meist eine Strafe von 10.000 Rupien (ca. 250 DM; entspricht etwa zwei durchschnittlichen Monatsgehältern) festgesetzt. Nach der Novellierung des 'Immigrants and Emigrants Act' liegt das Strafmaß derzeit wesentlich höher. Der Parlamentsabgeordnete Joseph Pararajasingham von der 'Tamil United Liberation Front' (TULF) glaubt, das seit dem Inkrafttreten des Gesetzes über hundert Tamilen wegen der Benutzung gefälschter Personalpapiere bei der Aus- oder Einreise verurteilt worden seien. Aufgrund der Neufassung des Gesetzes sei in diesen Fällen jeweils eine Freiheitsstrafe von einem bis fünf Jahren und eine Geldstrafe von 50.000 Rupien ausgesprochen worden, bzw. zu erwarten. Auch seien die Strafen nicht wie früher zur Bewährung ausgesetzt. Nach Ansicht des Abgeordneten treffe dieses Gesetz insbesondere tamilische Flüchtlinge, die sich oft gefälschter Papiere bedienen müßten. Der Abgeordnete hat anlässlich einer Parlamentsdebatte am 11. Februar 1999 auf diese Vorgänge hingewiesen und dabei den novellierten 'Immigrants and Emigrants Act' scharf kritisiert. Außerdem hat er mit Schreiben vom 12. Februar 1999 den Generalstaatsanwalt auf dieses Problem aufmerksam gemacht. Darin heißt es u.a.: "I have to seek your co-operation and assistance to remove something which is obnoxious, unreasonable and inevitably repressive and punitive in our laws - the IMMIGRANTS & EMIGRANTS (Amendment) ACT NO: 42 of 1998. This Amendment more or less presently worded is more savage towards the Tamil people who are between the devil and the deep sea. Under this law more than 100 Tamils are convicted serving both imprisonment of one year and a fine of rupees fifty thousand (...) I have (...) called upon the government for the reconsideration and revision of this obnoxious law which is aimed at adding misery and more suffering to the Tamil people who are already suppressed under the Prevention of Terrorism Act and the Emergency Regulations ...".

Der Abgeordnete weist auf ein anderes Problem hin, das sich häufig für Rückkehrer ergäbe, weil viele nicht über die erforderlichen Papiere für einen Aufenthalt im Großraum von Colombo wie 'Identity Card', Polizeiregistrierung etc. verfügten. Die oft von den srilankischen Botschaften im Ausland ausgestellten Reisedokumente dienen nur zur Einreise nach Sri Lanka und würden üblicherweise von der Einreisebehörde ('Immigration') gegen Ausstellung eines Vordruckes am Flugplatz einbehalten. Verfügt ein Rückkehrer nicht über die notwendigen Personalpapiere - der am Flugplatz ausgestellte Vordruck interessiert bei Kontrollen Polizei- oder Militärpersonal nicht - kann in Colombo jederzeit eine Inhaftierung erfolgen.

Walter Keller